

Erstein:  
in allen Verlagen.  
Bezugspreis:  
in der Verlagsstelle 250.—  
in den Ausgabestellen 260.—  
durch Postumschlag 300.—  
am Postamt 275.—  
im Ausland 20 deutsche Mark.

Verlagsnummer: 4248, 2278.  
3110, 3249

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörungen, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:  
f. d. Grundstiftungszelle in  
Anzeigenzeitung innerhalb  
Polens 40.—  
Restamt 120.—  
Für Anzeigen aus  
Deutschland 3.50 M.  
im Restamt 10.—  
in deutscher Mark.

Telegraphische Adressen:  
Tageblatt Posna.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 300 283 in Poznań

## Um die kommenden Simwahl.

Die „Gazeta Warszawska“ schreibt: Drei Delegierte des Verfassungsausschusses sprachen bei dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten Sieskiewicz vor, um eine Verständigung über den Termin zu erreichen, für welchen die Regierung die neuen Wahlen auszusprechen beabsichtigt. Der Minister Sieskiewicz hat erklärt, daß die Regierung annimmt, daß der Sejm bis zum Oktober alle mit der Verfassung verknüpften Fragen wird erledigen können, und daß sie die Begehrwürde über die neuen Wahlen in dem kommenden Zeitpunkt vorlegen wird. Wann werden dann nach Ansicht des Ministers Sieskiewicz die Wahlen stattfinden?

## Die Wilnaer politische Formel.

Wilna, 12. Februar. Auf der Sonnabend-Sitzung des politischen Ausschusses wurde der endgültige Text der politischen Formel festgelegt. Er lautet folgendermaßen: „(Titel: Beschluß über die Angliederung des Wilnaer Gebietes an Polen: die Kreise Wilna, Trock, Olszany und Smolenski, zusammen mit den zu Polen gehörenden Kreisen Lida und Bracław.)“

Im Namen des Volkes! Wir, Sejm von Wilna, durch den freien Willen der Bevölkerung des Wilnaer Gebietes einberufen, allein das Recht bestehend, über das Schicksal dieses Landes zu bestimmen, eingedenk der Bande, welche unser Land jahrhundertlang auf Grund von freien Vereinbarungen mit Polen verbunden haben, eingedenk des Blutes unserer Väter, das in den Kämpfen nach der Teilung opferfreudig vergossen wurde, huldigend der Tapferkeit und Opferfreudigkeit der polnischen Truppen und besonders dem Sohne dieser Erde Pilsudski und der Mitternacht des Generals Zeligowski, beschließen im Einvernehmen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und im Namen der Bevölkerung dieser Erde, ihrer lebenden und vergangenen Geschlechter, und in der Absicht, ihre Freiheit und ihre materielle und geistige Entwicklung allerseits sicherzustellen und fest zu setzen:

1. Alle staatsrechtlichen Bande, die uns gewaltsam durch den russischen Staat auferlegt wurden, erachten wir als unwiderstehlich gebrochen und nicht existierend und ablehnen gleichzeitig Rußland jedes Recht, sich in die Angelegenheiten des Wilnaer Landes einzumischen.
2. Die staatsrechtlichen Ansprüche auf das Wilnaer Gebiet, die von der litauischen Republik erhoben werden, und die in dem litauisch-polnischen Vertrag vom 12. Juli 1920 ihren Ausdruck fanden, sowie alle anderen Ansprüche lehnen wir für allemal ab.
3. Wir stellen feierlich fest, daß wir jede Entscheidung, die durch fremde Faktoren gegen unseren Willen über das Schicksal unseres Landes sowie über dessen innere Verwaltung getroffen wird, nicht anerkennen.
4. Das Wilnaer Gebiet stellt ohne jegliche Bedingung und ohne jeglichen Vorbehalt einen untrennbaren Teil der Republik Polens dar.
5. Die Republik Polen besitzt ausschließlich das Recht, die Oberhoheit über das Wilnaer Gebiet auszuüben.
6. Die gesetzgebenden Körperschaften der Republik Polen besitzen einzig und allein das Recht, Bestimmungen über Gesetze und Maßnahmen im Wilnaer Gebiet zu treffen.
7. Wir fordern den gesetzgebenden Sejm und die Regierung der Republik Polen auf, an die Ausübung der Rechte und Verpflichtungen, die aus der Oberhoheit der Republik über das Wilnaer Gebiet erwachsen, heranzutreten.

## Der Kurjer Poranny „enthüllt“.

Der „Kurjer Poranny“ veröffentlicht folgende Mitteilung des „Matin“ über die Einzelheiten einer Rede des ehemaligen Vorkämpfers der Vereinigten Staaten in Rom, Mr. Underwood. Herr Underwood hielt vor kurzem in Washington aus Anlaß der Jahresfeier, die mit den Kämpfen der amerikanischen Truppen in Frankreich zusammenhängt, eine Rede, aus der ein Abschnitt die öffentliche Meinung in Polen sehr interessieren dürfte. Herr Underwood behauptete, daß während der polnisch-bolschewistischen Kämpfe, die die roten Truppen sich Warschau näherten, der englische Ministerpräsident Lloyd George und der damalige italienische Ministerpräsident Giolitti eine Zusammenkunft in Luzern gehabt und sich darüber verständigt hätten, die Regierung der Sowjets offiziell an dem Tage anzuerkennen, da Warschau von den roten Truppen eingenommen würde.

## Litauen und Memel.

### Spaltung im großlitauischen Lager des Memellandes

Die großlitauische Bewegung in Memel verfolgte bisher eine Politik, die sich in den folgenden drei Gesichtspunkten ausdrückt: 1. ein gemeinsames Meer unter litauischem Kommando, 2. Verwaltung von Kowno aus, 3. Verlehrsverwaltung durch Litauen. Im übrigen schloß man sich dem Autonomiegedanken an. Jetzt ist es anscheinend zu einer Spaltung gekommen; es hat sich eine „Wirtschaftspartei“ gebildet, die sich folgende Programmpunkte setzt:

1. Erhaltung der vorhandenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen und deren weiteren Ausbau.
  2. Volle Gleichberechtigung beider Nationen, der Deutschen und der Litauer.
  3. Einrichtung eigener Wehrmacht zur Erhaltung der Ordnung im Lande.
  4. Wirtschaftliche Erschließung des litauischen Hinterlandes und Hebung der Industrie und des Handels nach Anschließung des Memellandes an Litauen in Form eines selbständigen Bundesstaates mit eigenem Landtag.
  5. Gemeinsame Ausübung und Erhaltung des Memeler Hafens mit Litauen.
  6. Festsetzung der näheren Anschlußmodalitäten durch die alliierten Mächte und Übernahme der Gewähr für die Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen durch den Völkerbund.
- An der Gründungsversammlung der Partei nahmen die eingeladenen Deutsch-Litauer scharfe Stellung gegen die letzten Programmpunkte. Bemerkenswert ist, daß als Gründer der Partei der Landesdirektor Simonaitis hervorgetreten ist.

### Rücktritt Simonaitis.

Memel, 12. Februar. Heute trat der Direktor im Memeler Landesdirektorium Simonaitis zurück. Damit scheidet ein alter Vorkämpfer Groß-Litauens aus, der mit den ver-

worfenen Mitteln den Anschluß Memels an Groß-Litauen erstrebte. So war er in den letzten Tagen Mitbegründer der sogenannten Wirtschaftspartei, die einen bundesstaatlichen Anschluß Memels an Litauen propagierte. Dem Vorstande dieser Partei gehörte Simonaitis und sein vor Jahresfrist noch größter Feind, der seinerzeit viel von sich reden machende polnische Agitator Aufstoluitis, an. Mit Hilfe dieser Partei trieb Simonaitis die Vergebung der Memeler Bevölkerung auf die Spitze und arbeitete der Verwaltung entgegen, um so den Abschluß der Handelsverträge zu verhindern. Der Staatsrat und die Handelsvertragskommission sprachen Simonaitis ihr Mißtrauen aus, worauf dieser zurücktrat.

Der Ministerpräsident Galvanuskas betonte in einer Erklärung im Ministerrat, er würde Standhalten im Bunde der baltischen Staaten freudig begrüßen. Eine friedliche Annäherung an Polen sei notwendig, jedoch sei eine unerlässliche Bedingung, daß Polen seinen Vertragsbruch wieder gutmache. Die Wahlen in Wilna seien ein unerhörtes kulturwidriges Verhalten der Polen. Galvanuskas erklärte weiter, Litauen sei solidarisch mit den Bestrebungen der Großmächte, den internationalen Frieden und das Wirtschaftsleben Europas zu festigen. Litauen als souveräner Staat sei bereit, aktiv an den Friedensbestrebungen mitzuarbeiten. Litauen wolle das Oberstaatsgeld liquidieren, mit Deutschland die Kriegsschulden verrechnen und die Handelsbeziehungen regeln. Rußland gegenüber werde sich Litauen streng an den Friedensvertrag halten.

### Nationale Minderheiten in Litauen.

Kowno, 12. Februar. Der Verfassungsausschuß des Kownoer Sejms nahm in erster Lesung den Entwurf einer kulturellen Autonomie für die nationalen Minderheiten an der von einem Unterabschuß unter dem Vorsitz des Ministers für die Angelegenheiten der jüdischen Minderheiten, Dr. Solomiejewski, bearbeitet worden war. Der Entwurf sieht eine kulturelle Autonomie nur für jene nationalen Minderheiten vor, die wenigstens 10 v. H. der Bevölkerung ganz Litauens, einschließlich des Wilnaer Gebietes, bilden.

## Die Genfer Oberschlesien-Verhandlungen.

Wegen einer leichten Erkrankung Calonder's wurde der Beginn der Konferenz auf Dienstag verlegt. Die Unterabschüsse jedoch haben schon am Montag ihre Verhandlungen aufgenommen. Auch hatten Minister Giffier und Unterstaatssekretär Lewald mit dem Vorsitzenden der Konferenz Calonder am Montag die ersten Beratungen.

### Beforgnisse des „Polak“.

Kattowitz, 13. Februar. Zu der Wiederaufnahme der ober-schlesischen Verhandlungen in Genf äußert sich die polnische und die deutsche Presse in längeren Ausführungen. Der „Polak“ schreibt u. a.: „Trotz der zu erwartenden Entscheidung elischer Streitfragen durch Calonder als Schiedsrichter werden in der Praxis sowohl im polnischen als auch im deutschen Teile Oberschlesiens viel Angelegenheiten bleiben, welche nur auf dem Wege einer gegenseitigen Verständigung erledigt werden können. Die Lage der polnischen Bürger deutscher Nationalität ist durch das vom polnischen Sejm beschlossene Statut für Oberschlesien geregelt. Es gibt den Deutschen viele Rechte und die Garantien für ein freies Zusammenleben mit uns. Anders steht es mit unsern Brüdern im deutschen Teile Oberschlesiens. Die Propaganda, welche jetzt gegen die Autonomie getrieben wird, soll sogar durch Geldmittel der preussischen Regierung unterstützt sein. Das wird jedoch von dieser in Abrede gestellt. Wenn die preussische Regierung, so schreibt der „Polak“ weiter, dem deutschen Teile Oberschlesiens tatsächlich keine Autonomie zubilligt, dann müßten auch von Seiten Polens alle Verpflichtungen betreffs der Berücksichtigung der Rechte der Deutschen im polnischen Teile Oberschlesiens fallen. Dessen müßten die Deutschen eingedenk sein. Sie scheinen zu vergessen, daß alles auf Gegenseitigkeit beruht. Möge man in Genf daran denken, daß die polnische Bevölkerung in Oberschlesien die Arbeit in Genf aufmerksam verfolgt und in dem Augenblick das Wort ergreifen wird, wo es nötig ist, die bei Deutschland verbliebenen Brüder zu verteidigen.“

## Kommunistenputsch in Finnland.

Helsingfors, 12. Februar. Das überstreichen kommunistischer Abteilungen auf finnische Gebiet rief in Verbindung mit der örtlichen kommunistischen Bewegung in Helsingfors große Beunruhigung hervor. Verstärkte Truppenabteilungen wurden aus diesem Anlaß an die Grenze geschickt. In den Kreisen An-dromos und Mleaborski organisierten die Bewohner Selbstschutzeinheiten. Die offiziellen Mitteilungen bemühen sich die Bevölkerung zu beruhigen und behaupten, daß der Einmarsch von drei kommunistischen Bänden nur die Tat einer Reihe von Banditen war. Diese Nachricht findet jedoch keinen Glauben. Trotzdem die Angreifer schon zurückgeschlagen wurden, ist die Stimmung der Bevölkerung weiter erregt. Die öffentliche Meinung Finnlands sieht in dieser Angelegenheit eine Abfahrt der Sowjets, deren Zweck es ist, Unruhen in Finnland herbeizuführen. Es besteht die Annahme, daß die finnischen kommunistischen Abteilungen, welche die Grenze überschritten, im Auftrage der Sowjets gebildet wurden. Alle Abteilungen bestehen ausschließlich aus finnischen Kommunisten.

## Die Lage in Irland.

Dublin, 12. Februar. Die Lage an der Grenze Irlands und Ulsters wird immer kritischer. Am Sonnabend überfielen Truppen der irischen Republik eine Unterabteilung von Polizeitruppen auf der Station Clonsilla, töteten vier Konstabler, verwundeten sechs und nahmen den Rest gefangen. Daraufhin wurden vier neue englische Bataillone nach Ulster geschickt. Am Dienstag sollen die beiden Ministerpräsidenten Collins und Sir James Craig erneut zu einer Besprechung zusammen-treffen. Ziel der Konferenz wird vor allem die Beendigung der feindlichen Schritte an der Grenze und eine völlige Amnestie beiderseits sein.

Aus Dublin ist nach der Grafschaft Monaghan ein Abgesandter gekommen, um die verhafteten Ulsterleute zu befreien. Die englische Regierung hat Sir Craig telegraphisch davon in Kenntnis gesetzt, daß die zur Aufrechterhaltung der Ordnung unentbehrlichen militärischen Streitkräfte sofort in die bedrohten Ortschaften gebracht werden.

Dublin, 13. Februar. Die republikanische Regierung in Irland hat in Connought, von wo Nachrichten über Überfälle und Räubereien kommen, Standgerichte eingesetzt. In der Grafschaft Ulster ist es zwischen republikanischen Soldaten und der Polizei zu einem Handgemenge gekommen, in dessen Verlauf vier Polizisten und ein Republikaner getötet wurden.

## Nachwehen des Streiks.

Berlin, 13. Februar. Der Generalverband deutscher Eisenbahnbeamten und -Arbeiter hat am 16. d. Mts eine neue Sitzung des Vorstandes anberaumt, um über einen neuen Streik zu beschließen, falls die Regierung die Forderungen des Verbandes nicht anerkennt und die Durchführung der Disziplinarmassnahmen nicht unterläßt. Es ist festgestellt worden, daß bisher in Sachen der Disziplinarmassnahmen Anträge gestellt worden sind, welche 30 000 Personen betreffen sollen. Der Generalverband hat an den Reichskanzler ein Schreiben mit der Bitte gerichtet, daß die Disziplinarmassnahmen sich im Bereich der durch das Kabinett festgelegten Richtungslinien bewegen sollen. Die durch die Erklärung des Reichskanzlers geschaffene politische Lage ist bisher noch nicht geklärt.

Berlin, 13. Februar. Im Zusammenhang mit dem letzten Eisenbahnstreik ist unter den deutschen politischen Parteien der Gedanke ausgebreitet, die Eisenbahnen in private Hände zu übergeben. Wie deutsche Zeitungen berichten, haben in dieser Angelegenheit internationale Verhandlungen stattgefunden.

### Die wirtschaftliche Erschütterung.

Der verfloßene Eisenbahnstreik stellte zweifellos eine der schwersten Erschütterungen dar, denen unser wirtschaftliches Leben in der letzten Zeit ausgesetzt war. Der tägliche Einnahmeausfall der Reichseisenbahnen wurde schätzungsweise mit 180 Millionen Mark angegeben, das bedeutet insgesamt weit über eine Milliarde Papiermark, um die das Reich durch den Streik unmittelbar geschädigt wurde. Hinzu kommen einige weitere hundert Millionen Mark Reparaturkosten für Lokomotiven usw. Wenn man auch heutzutage mit ganz anderen Summen zu rechnen gewohnt ist als dordem, so ist diese Summe, noch dazu in unserer allgemeinen Finanzmisere und bei dem notorisch gewordenen Defizit von Eisenbahn und Post, kein Pappenspiel, der leicht verdammt werden könnte. Welch unermesslichen Schaden für die Privatwirtschaft der Eisenbahnstreik im Gefolge hatte, das kann nur annähernd angegeben, dazu fehlt jeglicher Maßstab. Das ganze Wirtschaftsleben ist derart auf den Eisenbahn- und Postverkehr angewiesen, daß naturgemäß ein sechs Tage währende Ausfall des regelmäßigen Zugverkehrs nahezu im ganzen Reich das wirtschaftliche Leben aufs empfindlichste treffen und schädigen mußte. Ein Blick auf die Börsenberichte, insbesondere die Produktbörsen, zeigt die unmittelbare Einwirkung dieser Störung des Wirtschaftslebens auf die Preisbildung. Die Ungunst der Jahreszeit tat ein übriges, um die Lage stündlich zu verschärfen. Die Kohlenversorgung ist ohnedies nicht zum besten und stand, hätte der Streik noch länger angehalten, vor einer Katastrophe. Gar nicht zu erwähnen der vielen und mancherlei Artikel des täglichen Lebens, deren Vermittlung von außen den Städten durch die Verkehrsstockung unterbunden war. Jeglicher Stand, Industrie und Klein-gewerbe, der Handwerker, der Angestellte, der Beamte und Arbeiter, litt unter den Folgen des Streikes, und zwar nicht mittelbar, sondern unmittelbar, sei es durch drohende Betriebsstilllegung, die Gefahr der Arbeitslosigkeit, oder durch den Ausfall an Lebensnotwendigkeiten oder auch nur Lebensannehmlichkeiten. Das ganze öffentliche Leben war in schwerste Notleidenschaft gezogen, insbesondere infolge der durch die mangelnde Zufuhr eingetretenen Rohstoffnot: Schulen mußten geschlossen werden, Theater zeitweise ihre Pforten schließen, Veranstaltungen politischer oder wirtschaftlicher Natur mußten unterbleiben oder verschoben werden, die Parlamente saßen nicht in der Lage zu tagen, kurz, es war eine Störung eingetreten auf der ganzen Linie unseres öffentlichen Lebens. Das ins einzelne weiter auszuführen dürfte sich wohl erübrigen.

Aus diesen kurzen Andeutungen ergibt sich, daß ein Eisenbahnstreik eben kein gewöhnlicher Streik schlechthin, daß er ein ganz besonderes Ding ist. Es ergibt sich weiter daraus mit Naturnotwendigkeit die Tatsache, daß der Wille zum Streik bei der Eisenbahn infolge der unabsehbaren Folgen, die er nach sich ziehen muß, auch eine Sache von einer ganz außerordentlich schwerwiegenden Verantwortung ist. Einen „Frevel am Volk“ hat Ministerpräsident Graf Hertensfeld vor einigen Tagen im Staatshaushaltsauschuß diesen Streik genannt, einen „Anschlag auf das Leben von Staat und Volk“. Ja, dieser Streik war ein Frevel am gesamten deutschen Volk, nichts anderes. Die Art und Weise, wie er vom Zaun gebrochen war, das mangelnde Einverständnis mit den Spitzenorganisationen — Dinge, die hinreichend bekannt sind und vielfach hervorgehoben und gewürdigt wurden — haben das zur Genüge dargelegt. Auch die linksstehende Presse, wie der Berliner „Vorwärts“, haben das von allem Anfang mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben und haben zu den Streikenden entsprechende Distanz gemacht. Die Erschütterung im Volke ist deshalb auch leicht begreiflich. Jeder fühlt eben am eigenen Leibe die Schäden und Missetätigkeiten. Dabei waren die Gründe, die den eigentlichen Anlaß zum Streik gaben, nicht derart, um einen Entschluß von solcher Tragweite zu rechtfertigen. Alle leiden unter der von Tag zu Tag steigenden Feuerung in gleichem Maße. Den guten Willen, im Rahmen des Möglichen dieser Feuerungsquelle entgegenzuwirken und sie nach Möglichkeit durch Revision der Gehälter und Löhne auszugleichen, muß man den maßgebenden Stellen im Reich und in der Privatwirtschaft zugutehalten. Aber dieser Möglichkeit sind eben bestimmte Grenzen gesetzt, die mit Hartköpfigkeit niemals sich werden aus der Welt schaffen lassen.

### Rücktritt des Reichsfinanzministers?

Berlin, 13. Februar. In deutschen parlamentarischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß der Reichsfinanzminister Dr. Herres in allerhöchster Zeit wegen großer Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichskanzler zurücktreten wird.

## Kabinettskrise in China.

Peking 12. Februar. W. Yen hat seine Ämter als Premierminister und als Minister des Auswärtigen niedergelegt. Die Regierung berief Wellington Koo Sze und Wang aus Washington zurück, um ihren Bericht und ihre Ratschläge in der Angelegenheit des Fernen Ostens entgegenzunehmen. (Wellington Koo war der Hauptdelegierte Chinas in Washington und im Völkerbundsrat und gehörte zu den Delegierten, die die Genfer Entscheidung über Oberschlesien getroffen haben. Er dürfte jetzt einen wichtigen Regierungsposten in Peking übernehmen.)



## Die Konferenz gleich nach Ostern.

Aus amtlichen Kreisen wird gemeldet, daß sich die englische Regierung mit der Vertagung der Konferenz in Genua einverstanden erklärt hat. Nach den letzten Nachrichten soll sie gleich nach Ostern, d. h. Mitte April, stattfinden. Bisher haben England, Japan, Belgien, Deutschland, Holland und Spanien ihre Beteiligung zugesagt. Das Woffbureau weiß zu berichten, daß das einzige Zugeständnis Englands an Frankreich darin besteht, daß es sich mit einer Vor-Konferenz der Sachverständigen einverstanden erklärt. Londoner maßgebende Kreise teilen der Ansicht, daß eine Vertagung der Konferenz um 2 Wochen genüge, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen. In London sind die Vorbereitungsarbeiten hastig im Gange. Dort hegt man allgemein den Wunsch, daß die Vorbereitungsarbeiten möglichst alle in London stattfinden. Die „Times“ melden, daß Krassin mit Lloyd George eine Konferenz gehabt hat und am Montag nach Moskau gereist ist, um an den Beratungen seiner Regierung über die Konferenz in Genua teilzunehmen.

Paris, 13. Februar. Der Korrespondent der „Gazette“ meldet aus London, daß sich das englische Kabinett heute mit der französischen Note über die Konferenz in Genua befaßt. Über die Stimmung in London meldet der Korrespondent folgendes: Lloyd George ist bisher immer noch gegen eine Vertagung, jedoch ist eine Reihe seiner Kabinettskollegen anderer Meinung. Es ist möglich, daß es im englischen Kabinett zu einem Meinungswechsel kommen wird, weil von verschiedenen Seiten hervorgehoben worden ist, daß man sich bemühen müsse, ein Kompromiß zwischen der durch das Londoner und das Pariser Kabinett vertretenen Auffassung zu erlangen. Ferner betont der Korrespondent, daß mit Unrecht erwartet wird, daß das englische Ministerium geneigt ist, die Erledigung der französischen Denkschrift einer Kommission aus italienischen, französischen, belgischen und japanischen Sachverständigen und nicht nur Sachverständigen dreier Großmächte anzuvertrauen. Sie haben jedoch keine Berechtigung, politische Angelegenheiten zu erörtern, sondern nur wirtschaftliche.

### Die Stellung Deutschlands.

Berlin 13. Februar. (Teleunion.) Das Memorandum der französischen Regierung, das Frankreichs Bedingungen für Genua enthält, ist in Berlin noch nicht überreicht worden. Da das Deutsche Reich an der Konferenz von Genua teilnehmen wird, ist zu erwarten, daß die Note der Berliner Regierung aufgestellt werden wird. Die Vertagung der Konferenz von Genua fällt nach Ansicht der zuständigen Stellen nicht sonderlich ins Gewicht. Sollte Poincaré's Vorstoß einer Vor-Konferenz durchdringen, so würde Deutschland mit allem Nachdruck verlangen, an der Konferenz teilzunehmen. Da es sich um europäische Lebensfragen handelt, die ohne Deutschlands Mitwirkung nicht gelöst werden können. Nach dem in Genua aufgestellten Grundsatze der Achtung vor der Souveränität der Staaten müßte Deutschland gleichfalls den Versuch ernstlich zurückweisen, der die Möglichkeit einer innerpolitischen Wandlung Deutschlands auszuschließen sucht.

### Stellung der Kleinen Entente.

Paris, 13. Februar. Benesch hat einem Vertreter des „Petit Parisien“ erklärt, daß er nach Paris gekommen sei, um sich über die innere Lage der Entente zu unterrichten, und um den Alliierten die Stellungnahme der Kleinen Entente zur Konferenz in Genua vorzulegen. Die Kleine Entente hat beschlossen, eine Vorbereitungskonferenz abzuhalten, um in Genua mit einem gemeinsamen Programm hervortreten zu können. In der russischen Frage erklärte Benesch, daß die Tschechoslowakei seit zwei Jahren mit Rußland in Handelsbeziehungen steht, und daß der Verkehr auf normale Bahnen geleitet wird. Die Kleine Entente duldet es auf keinen Fall, daß jemand aus der Habsburger Dynastie auf den ungarischen Thron zurückkehrt. Der Vertrag zwischen Rumänien und Griechenland betrifft die Kleine Entente nicht und ist ohne vorheriges Einverständnis mit den Staaten der Kleinen Entente abgeschlossen worden.

## Die deutschen Zahlungen.

### Französisch-englische Meinungsverschiedenheiten.

Eine offizielle Savas-Note ist über die Frage der deutschen Zahlungen für 1922 ergangen. Man weiß, so führte sie aus, daß die französische Regierung den Alliierten vorschlagen werde, den Entwurf der Reform der deutschen Finanzen ebenso wie das Garantieabkommen und den Zahlungsentwurf in Geld und Naturalien für 1922 der Wiedergutmachungskommission vorzulegen. Es scheint nun, fährt die Note fort, daß gegenüber dem Geist und den betreffenden Paragraphen des Friedensvertrags von Versailles es zwischen den Alliierten in dem Sinne zu einem Vergleich kommen wird, daß alle Fragen bezüglich des Moratoriums und der Garantie an die Wiedergutmachungskommission überwiesen werden, daß aber die Frage der

Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Alliierten selbst der Wiedergutmachungskommission nicht vorgelegt, sondern den alliierten Regierungen vorbehalten bleibt. Gewisse Regierungen verlangen, daß ein derartiger Vergleich abgeschlossen werde, in dem sich die Alliierten auf der in Cannes festgesetzten Basis einigen müßten.

Die „Deuxième“ in Ergänzung der offiziellen Savas-Note mitteilt, daß die englische Regierung den Wunsch nach einer direkten Aussprache mit einem Vertreter der französischen Regierung über die Frage der Verteilung der deutschen Bar- und Naturalleistungen unter den Alliierten ausgesprochen haben. Bekanntlich ist darüber in Cannes in letzter Stunde nicht ohne Mühe eine Einigung zwischen den verbündeten Regierungen erzielt worden, die Frankreich durch die Revision des Finanzabkommens vom 13. August einen wesentlichen Anteil an den deutschen Barleistungen sicherte, die aber dann infolge der Sprengung der Konferenz durch den Rücktritt Briand's unter den Tisch gefallen ist. Nach dem „Deuxième“ soll die englische Regierung, die durch die Diplomatie Poincaré's verärgert sei, entschlossen sein, Frankreich ihren Unmut dadurch fühlen zu lassen, daß sie nunmehr jede Revision des Finanzabkommens ablehnt, wodurch Frankreich im laufenden Jahre keinerlei Anteil an den Barzahlungen Deutschlands erhalten würde.

## Die Freigabe der zivilen Luftfahrtindustrie.

Die Entscheidung der Völkerverkonferenz vom 1. Februar 1922, durch die das Verbot für die deutsche Luftfahrtindustrie mit Wirkung vom 5. Mai 1922 ab aufgehoben wird, hat folgenden Wortlaut:

„Die Frist von drei Monaten, nach deren Ablauf Deutschland gemäß der Note von Boulogne vom 22. Juni 1920 die Herstellung, Aus- und Einfuhr von zivilen Luftfahrzeugen wieder aufnehmen darf, beginnt vom 5. Februar 1922 ab zu laufen. Die Wiederaufnahme der Herstellung, Aus- und Einfuhr von zivilen Luftfahrzeugen wird also vom 5. Mai 1922 ab wieder erlaubt sein.“

Die Entscheidung ist an der Erfüllung der Verpflichtungen geknüpft, die die deutsche Regierung in ihrer Note vom 11. Mai 1921 übernommen hat, nämlich ohne Vorbehalt die Bestimmungen der Note von London vom 5. Mai 1921 auszuführen.“

Die betreffende Bestimmung lautet: „Um die Anwendung des Artikels 198 des Vertrages, der ihm den Besitz aller Luftstreitkräfte für Meer und Marine unterlag, sicherzustellen, muß Deutschland diejenigen Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die zivile Luftfahrt von der durch Artikel 198 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Die alliierten Regierungen werden sich durch ständige Überwachung versichern, daß Deutschland diese Verpflichtung erfüllt.“

## Krönung Pius XI.

Rom, 12. Februar. Am Sonntag fand die Krönung des Papstes Pius XI. statt. Von 4 Uhr morgens an begann sich der St. Petersplatz mit Menschenmassen zu füllen. Um 6 Uhr wurden die Vorläufer der Basilika geöffnet, welche sich im Laufe einer Viertelstunde mit einigen zehntausend Menschen anfüllte. Auf dem Platz versammelten sich in dieser Zeit ungefähr 100 000 Personen. Um 9 Uhr begann in Anwesenheit der Familie des Papstes, von Vertretern der diplomatischen Körperschaften und von städtischen Behörden die Zeremonie der Krönung. Den den Thron bestiegenden Papst begrüßte der Erzbischof der Basilika, Kardinal Merry del Val. Um 10 Uhr erschien das prächtige Gefolge des Papstes. Bei der Messe, die durch den Heiligen Vater abgehalten wurde, waren 52 Kardinäle anwesend. Gebete für die Krönung überreichte die Kardinaldekanatelli, Vico und de Lai. Um 11 Uhr, nach beendeter Messe, setzte der Kardinal-Diakon Visconti den Papst die Krone auf. Alle Kardinäle küßten die Hand und den Fuß des Papstes, der den Segen erteilte. Nach vollendeter Zeremonie segnete der Heilige Vater vom Balkon der Basilika aus die vor dem Heiligtum versammelten zahllosen Menschenmassen. Das Militär präsentierte das Gewehr. Die Menge brachte dem Papste begeisterte Ovationen dar.

### Munizius Pacelli zum Kardinal ausersehen?

Rom, 12. Februar. In Kreisen, die dem Vatikan nahestehen, verlautet, daß Pius XI. in seinem ersten Konklave den Munizius in Paris, Berlin und Madrid die Kardinäle, würde verlesen werde. Abgesehen von Gerüchten, daß einer der drei Munizius zum Nachfolger des Kardinalstaatssekretärs Gasparri ausersehen sei, den der neue Papst nur für eine kurze Übergangszeit in seinem Amte bestatigt habe.

### Der Papst und Amerika.

Bordeaux, 12. Februar. Der amerikanische Kardinal O'Connell, welcher erst nach der Wahl des Papstes in Rom eintraf, wandte sich an Pius XI. mit der Bitte, über das amerikanische Volk seinen Segen zu sprechen. Der Papst empfahl dem Kardinal, das amerikanische Volk davon in Kenntnis zu setzen, daß er sein ganzes Leben hindurch auf dieses junge und edle Volk mit größter Bewunderung geschaut hat. Die Washingtoner Konferenz, so sagte der Papst, hat zu der Völkerver-

konferenz der Welt beizutragen, und mein Wunsch ist es, den Frieden und die Harmonie zwischen den Nationen wieder herzustellen. Amerika hat gezeigt, daß es sich nicht von Egoismus leiten läßt, und Gott wird es segnen. Der Allmächtige möge, der großen amerikanischen Nation weiterhin seinen Segen verleihen.

### Ein Vermächtnis des Papstes.

München, 12. Februar. (Tel.-Un.) Der verstorbene Papst hat dem Erzbischof von München zur Unterstützung lungenkranker deutscher Studenten 400 000 Lire gestiftet.

## Sowjetrußland.

### Rußisch-finnische Kämpfe.

Higa, 12. Februar. Aus Terijoki wird berichtet, daß die Bolschewiken an der russisch-finnischen Grenze in der Gegend von Nivala bedeutende Streitkräfte zusammenziehen. Die kommunistischen Abteilungen, welche in Nordfinland eindringen, wurden in der Richtung nach der Grenze zurückgeschlagen.

### Die Lena-Goldgruben bedroht.

Moskau 12. Februar. Hier traten aus dem Fernen Osten Nachrichten ein, die eine starke Unruhe hervorrufen. Es wird gemeldet, daß die Zukuten mit dem Einzug der weißen Truppen auf die Seite der Regierung des Rätengebietes (Primorje) übergegangen sind. Ein solcher Zustand bedroht die Lena-Goldgruben, die eine der Reichtumsquellen Rußlands darstellen. Die Lena-Goldgruben sind ohne Lebensmittel geblieben, die ausschließlich von Zukuten geliefert wurden.

### Ein neues Groß-Unternehmen in Rußland.

Moskau 12. Februar. (Teleunion.) Das Präsidium des allrussischen Sowjets für Volkswirtschaft befaßt sich mit dem Projekt der Gründung einer neuen großen Aktiengesellschaft für Ausfuhr von Rohleder. Als Anfangskapital wurden 15 Millionen Goldrubel bestimmt.

### Der Typhus.

Moskau 12. Februar. Aus allen Gouvernements treffen beunruhigende Nachrichten über die ständig zunehmende Verbreitung des Typhus ein. Es gibt Gegenden, in denen die Zahl der Kranken 90 % der Bevölkerung erreicht. Die Todesfälle stiegen bis zu 50 %.

## Politische Tagesneuigkeiten.

Privatisierung der französischen Eisenbahnen. Ähnlich wie vor einiger Zeit in Deutschland wird gegenwärtig in Frankreich der Plan auf Umstellung der Staatsbahnen Frankreichs unter eine private Verwaltung wiederum lebhaft diskutiert. Die französischen Staatsbahnen befinden sich in einer sehr mißlichen Lage. Sie haben im Jahre 1920 ein Defizit von 3 Milliarden Franken, im Jahre 1921 von 1,8 Milliarden Franken verursacht. Es ist daher verständlich, daß in französischen Blättern die Frage der Rückführung der Staatsbahnen gegenwärtig besprochen wird. Dabei wird angestrebt, die Tarife auf einer Grundlage aufzubauen, die es ermöglichen, bis zum Jahre 1927 einen Ausgleich sämtlicher Einnahmen und Ausgaben zu erzielen. In der Weise, daß sämtliche Staatsbahnen einen gemeinsamen Fonds bilden sollen. Die zur sachverständigen Prüfung der Angelegenheit angeordnete Kommission hat sich einstimmig zugunsten der Annahme des gegenwärtigen Verwaltungssystems ausgesprochen. Es ist nicht uninteressant zu beobachten, daß nunmehr in Frankreich Pläne diskutiert werden, die vor ganz kurzer Zeit auch in Deutschlands wirtschaftlichem Leben im Vordergrund des öffentlichen Interesses standen.

10 Millionen Pfund für die Tschechoslowakei. Die Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und England bezüglich einer englischen Anleihe sind beendet. Die Tschechoslowakei soll von England 10 Millionen Pfund Sterling erhalten.

## Republik Polen.

† Ehrengerichtshof im Sejm. In der vergangenen Woche hat der Ehrengerichtshof im Sejm seine erste Sitzung abgehalten, und zwar in der Angelegenheit Mierzejewski gegen Anton Jaleski (Polnische Volkspartei). Den Vorsitz führte der Abg. Matkiewicz, und Schiedsrichter waren die Abg. Barnacki und Grogalski. Mierzejewski führte sich durch einige Worte, die Jaleski auf einer Versammlung im Gouvernement Plock an die Adresse Mierzejewski's gerichtet hatte, beleidigt. Der Abgeordnete Jaleski widerrief in einer Deklaration die gemachten Vorwürfe und stellte mit Bedauern fest, daß er irreführt worden wäre.

† Eine französische Anleihe für Polen. Als Delegierter der polnischen Regierung wird sich Anfang dieser Woche der Sejm-geordnete Radziejewski nach Paris begeben. Seine Reise steht im Zusammenhang mit dem Abschluß der 500-Millionen-Anleihe, die Polen von Frankreich erhalten soll.

† Polen zwei Jahre an der Ostsee. Am 10. Februar waren es zwei Jahre her, seit Polen an der Ostsee durch einen feierlichen Akt in Puck vom Meere Besitz nahm. Aus diesem Anlaß brachten die Danziger polnischen Zeitungen große Zeitartikel, in denen sie das polnische Küstengebiet an der Ostsee als die Riviera des polnischen 30-Millionen-Staates feiern. In den Zeit-

## Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Uebersetzung 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30.)

(58. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Wie ein Narr lief ich in diesen Tagen herum, um einen Ausweg zu finden, und — fand keinen! Immer wieder tauchte der Gedanke in mir auf: Sage nichts, es weiß ja niemand um diese Anzahlung, warte, vielleicht läßt sich dein Plan später doch noch verwirklichen, und dann kannst du den Erben ihr Geld zurückerstatten, ohne dich zu ruinieren. Wenn sie dir dein Schweigen nachträglich wohl vergeben! Es war eine schwere Versuchung, Herr Schwaigreiter — und — ich bin ihr ergeben! Aber eine ruhige Stunde habe ich seitdem nicht mehr gehabt, das können Sie mir glauben! So ist mich etwas an den alten Brintner mahnte, packen mich Scham und Verzweiflung. Ich konnte das Wort nicht vergessen, das er ausbrach: „Unter Ehrenmännern genügen Wort und Handschlag.“ Und ich war kein Ehrenmann mehr... Schon damals hörte ich auf es zu sein, als ich meiner Frau sagte, ich zahle unsere Schulden von meinem Verdienst...“

„Warum täuschen Sie Ihre Frau?“

„Weil ich wußte, daß sie nie erlaubt hätte, unsere Schulden mit Geld zu bezahlen, das doch gar nicht verdient war. Und doch tat ich es um ihretwillen! Weil ich die Sorgenfalten endlich von ihrer Stirn nehmen, sie endlich wieder frei aufatmen sehen wollte.“

March schwieg und starrte düster vor sich hin. Auch Basil schwieg. Er sah die Kinderaugen der jungen Frau vor sich und die reifen Blondköpfe, die sich um sie scharten, und fühlte eine ebrliche Erleichterung in sich, daß alles sich so aufklärte.

Freilich — auch hier am Brintnerhof waren zwei Kinder, und für diese bedeuteten March's Erklärungen keine Erlösung...

Undurchbringlicher als je fühlte sich der finstere Verdacht auf ihre Eltern, jetzt, wo die einzige Spur, die man gehabt sich als falsch erwies.

„Sie brauchen übrigens keine Sorge um das Geld zu haben. Das Ihren Verwandten gebührt,“ begann March nach einer Pause, sich gewaltsam aufraffend. „Ich habe Ihnen nun meine Schuld bekannt und mich und die Meinen damit in Ihre Hand gegeben.“

„Ich dachte gar nicht an das Geld,“ unterbrach ihn Basil mit einer abwehrenden Bewegung. „Ich weiß, es ist den Kindern meiner Schwägerin sicher bei Ihnen. Ehre und Freiheit der Brintners,“ fügte er traurig hinzu, „kann es ja leider nicht retten.“

„Nein, leider nicht. Wenn Sie es aber vielleicht zur Bewirtschaftung des Hofes oder zur Zahlung der Verteidiger brauchen, so steht es Ihnen nun jeden Tag zur Verfügung. Es ist mir erfreulicherweise gelungen, mein Projekt doch noch durchzuführen.“

„Sie haben sich damit vermutlich an Herrn Forreger gewandt, und er ging darauf ein?“ bemerkte Basil zerstreut.

„Nein. Wie kommen Sie auf diese Idee?“

„Run, ich dachte nur so. Frau Kreibitz's Bruder machte gewisse Andeutungen, daß er sehr bereit wäre, Ihnen gegenüber Brintners Nachfolger zu werden. Ich schloße daraus, daß er mindestens vermutet, um was es sich handelt.“

„Das ist möglich. Aber ich denke nicht daran, mit Valentin Forreger in Geschäftsverbindung zu treten.“

Diese Antwort war so schroff, daß Basil erstaunt aufblickte.

„Sie mögen den Geschäftsleiter der „Sonne“ nicht?“

March antwortete nicht gleich. Dann sagte er noch schroffer: „Nein. Diesen Mann, den Frau Kreibitz aus dem Nichts emporgehoben hat zu angesehener Stellung und der sich jetzt zum Dank dafür ihr gegenüber als Despot aufspielt, möchte, flößt mit weder Achtung noch Vertrauen ein. Ich wandle mich mit Unrechnung seiner Person an Frau Kreibitz selbst, und wir sind

heute einig geworden. Sie baut das neue Hotel für sich selbst und gibt dann die „Sonne“ in Pacht. Dadurch wird sie ihren Bruder los, der sie so unbrüderlich überall beiseite drücken will; er kann dann zuhause wo er bleibt. Aber dies ist noch Geheimnis, und ich bitte Sie, zu niemand darüber zu sprechen.“

„Darauf können Sie sich verlassen. Was gehen mich auch die Verhältnisse in der „Sonne“ an? Ich habe genug mit meinen eigenen Sorgen zu tun. Der Hof hier — die Kinder —“ Basil seufzte tief auf. Dann bot er March in jähem Antriebe die Hand.

„Vergessen Sie mir meinen Verdacht von vorhin. Herr Baumeister, und auch meine gedrückte Stimmung jetzt! Ich freue mich ja, daß Sie unschuldig sind... und doch... es war meine letzte Hoffnung, die einzige Spur die ich hatte! Wo soll ich den Mörder suchen? Wie den armen Menichen helfen, die unschuldig zu so schwerer Ketterschaft verurteilt wurden?“

„Sie sind also fest überzeugt, daß Sie unschuldig sind?“ fragte der Baumeister nach einer Pause anstehend.

„Selbstverständlich!“

March ging unruhig im Gemach auf und nieder. Ein paar mal war es, als ob er etwas jagen wollte, aber jedesmal presste er die Lippen wieder fest zusammen und schwieg.

Plötzlich griff er nach seinem Hut.

„Ich muß Sie nun verlassen, Herr Schwaigreiter. Aber ich hoffe, Sie suchen mich zuweilen auf. Ich wohne für die nächste Zeit in meinem alten Stadthaus hier in der „Sonne“, Tür Nr. 12. Und vergessen Sie nicht: das Geld steht jederzeit zu Ihrer Verfügung, denn Frau Kreibitz, der ich bereits die fertigen Pläne vorlegte, eröffnete mir einen ausreichenden Kredit.“

„Danke. Wenn ich das Geld benötige, werde ich mich an Sie wenden.“

Beide Männer wechselten einen Händedruck, dann war Basil allein.

(Fortsetzung folgt.)







# Maskenball

ladet ergebenst ein  
Hufemann, Gast- wirt, Budziszewo (Buisdorf).

Eogl. Erziehungsverein  
Generalversammlung  
im st. Saal des Eogl. Ver-  
eins am Montag 6.3.22.  
nachm. 5 Uhr: 1. Jahres-  
rechnung 2. Stat 3. Wahlen.  
5270) Der Vorstand.

Suche sofort eine  
Wind- oder Wassermühle  
zu pachten. Angebote an  
J. Deuß, Czarnków.

Landwirt, 30.  
Ansg. sucht  
die Bekanntschaft  
einer jung. Dame  
zwecks Heirat.  
Bitte nicht ausgeschl. evtl.  
Ein heirat erwünscht. Nur  
einfüg. meine Antworten mit  
Bild und genauer Angabe  
der Verhältnisse. Briefe an  
H. R. 5303 an die Geschäfts-  
stelle dieses Blattes zu richten.

Wolfshund  
gestohlen,  
hört auf den Namen „Ur-  
ras“, deutsch dreifert. Vor  
Anfang des in Lodz gestohle-  
nen und augenscheinlich nach  
Polen geschafften Tieres wird  
gewarnt. Es liegt im Inter-  
esse der Hundeliebhaber den  
gegenwärtigen — unrichti-  
gen — Besitzer des Hun-  
des ausfindig zu machen um  
ihn gerichtlich belang zu  
können. Kaffner, Lodz,  
Bulzanska 147. (5254)

Wohnungen  
Bohn- u. Schlafzimmer,  
möbl., z. verm. In herrl. Lage  
Solatisch. Nur an allein-  
best. Herrn. Off. unter 5306  
an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Ein Herr, im Besitz eigener  
Besten, sucht Nähe Jertig  
1.3.22. 1 möbl. Zimmer.  
Gefl. Ang. u. J. Z. 5325  
an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Muswanderern  
Zahle für Abtretung einer  
3-Zimmerwohnung, mögl.  
Zentrum Poznań 8-5000  
Rm. zahlbar Berlin evtl.  
Poznań. Gefl. Offerten unt.  
„J. M. 26“ an Reklama  
Polska, Aleje Marcin-  
kowskiego 6. (7651)

Suche Wohnung in Po-  
znań auf dem Auswege  
mit deutscher Familie, die  
nach Deutschland zieht. Rich-  
tig direkt erbieten. Josef  
Badena, Herne-Baukau II  
Weistalen. (5333)

Wer bei Chiffre-Anzeigen  
innerhalb Po'ens seine eingereichte  
Offerte sofort weiter be-  
fordert haben will, den ersuchen  
wir, M. 10.— für Porto dem  
Briefe gleichzeitig beizufügen //

Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts“

Dampfdreschmak,

gebraucht, aber gut erhalten. 1888 gebaut. Dresch-  
maschine 54" Lokomobile 8/10 PS. 8 Rm. mit  
Strohelevator, engl. May Reicheisen, Repno.

Adler-Schreibmaschine Nr. 7  
mit Tabulator Friedensfabrik sehr wenig gebraucht ist  
fürs Höchstgebot zu verkaufen. Gefl. Offerten unter G. Z.  
5323 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbieten.

## Kino Colosseum

sw. Marcin 65.

Vom 14.-20. Febr.:

## Die Stunde der Vergeltung!

Größtes, alle bis-  
herig. Sensationen  
übersteigendes  
Sensations- und  
Abenteuer-Drama  
in 6 Akten.

Achtung! Täglich  
von 4-6  
Jugend-Vorstellung.  
zu ermäß. Preisen.

## Achtung!

Tausch nach Deutschland.  
Milchhandlung mit Milch-  
produkten und gr. Margarine-  
butterumias im Juduhiebezirk  
Weistalen, am Marktplatz gel.,  
sehr gute Exkuz, ist gegen  
ähnliches Objekt oder gegen  
ein Kolonialwarengeld zu  
tauschen oder zu verkaufen.  
Nurgeschlossene Reflektanten  
bitte sich zu melden bei Anton  
Meng, Jertig, pow. Ko-  
ciański (Poznań).

## Wirtschaften,

90 bis 320 Morgen, wollen  
Polen mit Deutschen in den  
Kreisen Bi naum, Samter,  
Neutomisiel vertau chen.

Näheres Karl Matthes,  
Tierziegel. (5281)

## Zeitungsbeförderer,

welche unser Blatt  
durch die Post er-  
halten, müssen bei  
Unregelmäßigkeiten  
in der Zustellung  
oder bei einer über-  
stehung nach einem  
anderen Ort, über-  
haupt in allen An-  
gelegenheiten, die  
den Bezug betreffen,  
sich stets

## an das Post- amt wenden,

welches die Zu-  
stellung der Zeitung  
an dem Wohnorte  
des Lesers zuletzt  
bewirkt hat.  
Nur im Falle, daß  
das Postamt ver-  
jagt, den Reklama-  
tionen wegen  
nicht pünktlicher  
Zustellung nachzu-  
kommen, bitten wir,  
eine Beschwerde an  
die Geschäfts-  
stelle in Po-  
znań ul. Zwierzy-  
niecka 6 zu richten.

Heute nachmittag 12<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr ent schlief sanft  
nach kurzem Leiden mein geliebter Mann, unser  
treuer Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der

Mittergutsbesitzer, Landrat z. D.,  
Rittmeister d. Res. d. Ulanen-Regts. 4,

## Dr. Ludwig Dionysius,

Ritter des Eisernen Kreuzes  
am weißen Bande.

In tiefstem Schmerz:

Elementine Dionysius,  
geb. Gräfin von der Goltz,  
Clara von Nische, geb. Dionysius,  
Elisabeth von Krosigk, geb. Dionysius,  
Heinrich Graf von der Goltz-Ganze,  
Rittmeister a. D.,  
Elie Gräfin von der Goltz-Ganze,  
Hans von Nische, Generalmajor a. D.,  
Ernst von Krosigk, Major a. D.,  
Elisabeth Müller,  
geb. Gräfin von der Goltz,  
Albert Graf von der Goltz-Ganze,  
Oberleutnant a. D.

Schilkowik bei Stroppen, Kreis Wohlau,  
den 9. Februar 1922.

Die Trauerfeier fand im Hause am Montag, dem  
13. d. Mts., mittags 12 Uhr statt. (5317)

# BRESLAU

## Frühjahrsmesse 19.-23. März 1922

Webwaren • Bekleidung • Mode-  
waren • Hüte • Schuhe • Leder-  
waren • Kunstgewerbe • Schmuck  
Möbel • Glas • Porzellan • Metall-  
und Holzwaren • Papier- u. Papier-  
waren • Bürobedarf • Chemisch-  
technische Erzeugnisse • • • • •

Einkäuferkarten und alle Auskünfte (Einreise, Pass, Wohnung) durch

die Breslauer Messe-Gesellschaft

## 92. Zuchtvieh-Auktion

der Danziger Herdbuchgesellschaft G. V.  
(Alte Westpreussische)

am Donnerstag, dem 23. Februar 1922, vormittags 10 Uhr  
und Freitag, dem 24. Februar 1922, vormittags 9 Uhr in

## Danzig-Langfuhr, Sujaarenkaerne 1.

Auftrieb: 135 sprungfähige Bullen  
75 hochtragende Kühe  
160 hochtragende Färjen.

Die Ausfuhr nach Polen ist unbeschränkt. Verzeichnisse mit allen Angaben über  
Abstammungen und Leistungen der Tiere kostenlos  
durch die Geschäftsstelle, Danzig, Sandgrube 21. (5316)

Zahle für Steinmarderfelle bis 45 000 M.  
für Baummarderfelle bis 45 000 M.

Mis-, Hasen-, Ziegen-, Schaf-, Röh-, Rind-,  
Kalb-, Reh- u. Fuchs-Felle, Schafwolle, Pferde-  
schwanzhaare lauft zu höchsten Tagespreisen (5328)  
Kallmannsohn, Poznań, sw. Marcin 34.

Technisches Bureau  
F. Kaczmarek, Poznań  
Stary Rynek 52, Wchód Wodna 1, Teleph. 5603.  
Elektrische Licht- und Kraftan-  
lagen, Klingeln, Telephone,  
Blickschkalagen sowie - Revisionen.  
Reparaturen elektr. Apparate.  
Installationenmaterial am Lager.  
Geöffnet von 8 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends.

# Achtung!

Gutsbesitzer, Landwirte u.  
sämtliche Grundbesitzer!

Wer seine Besizung schnell  
und gut verlaufen will,  
wende sich mit Angabe des vollen  
Inventars und des Preises an das Agentur-  
Bureau für An- u. Verkauf von Grund-  
stücken. Schnellste und reelle Bedienung.  
Regulierung nach Wunsch.

Agentur M. Myszkowski,  
Poznań, ul. Półwiejska 4, Hof parterre.

## Saatzuchtwirtschaft Sobotka,

powiat Plezow (Wielkopolska)  
gibt nachstehendes, durch die Wielkopolska Izba  
Rolnicza anerkanntes Saatgut ab:

Original von Stieglers Duppauer Hafer,  
lagerreifer, mittelhoher Rindenhafer sehr ertragreich,  
großes weißes Korn mit reiner Spelz sehr 8000 M.  
hartes gelbliches Stroh. Preis pro 50 kg

Original von Stieglers Kaisergerste,  
großes volles Korn, sehr hartes Stroh, gibt bei aus-  
reichender Düngung und gutem Kultur- 8000 M.  
zustand hohe Erträge. Preis pro 50 kg

Original von Stieglers Ro'er Sommer-  
weizen kann dieses Jahr nicht geliefert werden.

Verfand erfolgt in Käufers frei einwirkenden, Lochreien  
und gut ge einigten Säcken oder in neuen Zuteiden zum  
Tagespreis gegen Voreinendung des Betrages ab Station  
Biniew oder Bronów. — Bestellungen bitte zu richten  
an die (5190)  
T. z

Posener Saatbaugesellschaft o. p.  
Poznań, ulica Wjazdowa 3.

## Westpreussische Saatzuchtgesellschaft m. b. H.

Danzig, Sandgrube 22,  
offert zur Frühjahrsbestellung:

Original Benfings Allerfrühesten  
Sommer-Weizen, frühreifend, für hohe  
saat bestgeeignetster und ertragreichster Weizen.

Original Benfings Imperial-Gerste,  
frühe, lagerreife, ertragreiche, gegen Staubbrenn  
widerstandsfähige Sommer- und Braugerste,

Original Benfings Landgerste,  
relativ anspruchslos, ertragreiche Sommergerste, etwas  
später reif als Hanna.

Original Benfings Findling-Hafer,  
lagerfest, gibt auf kultivierten Böden sehr hohe Er-  
träge. Kornfarbe gelb,

Original Benfings Adonis-Kartoffel,  
eine mehr frühe Spätkartoffel von höchster Ertrags-  
fähigkeit, für bessere und mittlere Böden. (4877)

Wir liefern sofort ab unserem Lager:

## Falz-Hufeisen, Huf- nägeln u. Schraubstollen

in bester Qualität und gangbaren Größen  
zu verhältnismäßig günstigen Preisen.

Landw. Hauptgesellschaft, T. z. o. p.  
Poznań, ulica Wjazdowa 3. Telephon 4291.



## Das Danina-Gesetz.

(Gesetz vom 16. Dezember 1921 über die Erhebung einer außerordentlichen staatlichen Abgabe.)

(Fortsetzung.)

III. Teil.

Erläuterungen.

Zu Art. 38.

§ 55. Die in jedem der Punkte des Artikels 38 des Gesetzes vorgesehenen Erleichterungen sind kontingentiert. Die Gesamtsumme der Erleichterungen, die im Sinne jedes dieser Punkte zuerkannt sind, darf nicht die Grenzen des festgestellten Kontingentes überschreiten, sondern muß sie nicht notwendig erschöpfen.

Jedes der Kontingente der Erleichterungen stellt die Behörde besonders fest, indem sie die Abgabe berechnet, bzw. ihre Berechnung prüft. Als Grundlage für die Berechnung des Kontingentes der Erleichterungen ist die Summe jeder Kategorie der Abgabe anzunehmen, welche nach Berücksichtigung der Abzüge auf die Einzahlung entfällt, und zwar der Abzüge, welche auf Grund von Verrechnungen, besonders auf Grund von Verrechnungen, erfolgen können.

Weil die Verrechnungen schon nach Ablauf der Frist, innerhalb welcher das Kontingent der Erleichterungen festgelegt sein muß, erfolgen können, muß bei der Berechnung des Kontingentes vor der Ausführung der Verrechnungen der zulässige Betrag der Abzüge festgelegt und von der Gesamtsumme, die für jede Kategorie bestimmte Summe der Erleichterungen abgezogen werden.

Die Behörden, welche die Abgabe berechnen oder ihre Berechnung prüfen, müssen die Beträge der Erleichterungen, die in der oben vorgesehenen Weise festgelegt sind, zur Kenntnis der Bürgerausschüsse bringen, von denen in Art. 49 des Gesetzes die Rede ist. Wenn sich nach der endgültigen Festlegung des Kontingentes der Erleichterungen ein Überbuck zeigt, so muß dieser zusätzlich dem Bürgerausschuß zur Verfügung überwiesen werden.

Im früheren russischen und österreichischen Anteil.

Zu Art. 38, Punkt 3.

§ 56. Die Steuerbehörden erster Instanz auf dem zum Appellationsgericht zu Lemberg gehörigen Gebiete usw. (ausgeschlossen.)

Zu Art. 41.

§ 57. Die Erleichterungen für Besitzer von Anstehungen, die neu aus einer Regierungsverwaltung gekauft sind, werden aus dem im Art. 38, Punkt 2 des Gesetzes bezeichneten Kontingente erteilt.

Zu Art. 42.

§ 58. Die Anträge der Gemeindeverbände bzw. Gemeindeversammlungen müssen die Angaben enthalten, welche die Höhe der für Erleichterungen für jedes Dorf bzw. Gemeinde unentbehrlichen Summen begründen, und müssen an den Bürgerausschuß (Art. 48, Abs. 2 des Gesetzes) unverzüglich nach Ablauf der Auslegungsfrist der Erhebungsbücher und der Listen für die Verteilung der Abgaben (Art. 15, Abs. 2 des Gesetzes) eingereicht werden.

Später eingereichte Anträge können von der Kommission nur soweit berücksichtigt werden, als die Beträge, die zu ihrer Verfügung über die Kategorie der Erleichterungen, bestimmt sind, welche in Art. 38, Punkt 1 und 2 des Gesetzes vorgesehen sind, noch nicht erschöpft sind. Der Bürgerausschuß benachrichtigt die Gemeindeverbände (Gemeindeverbände) über die Höhe des Kontingentes der Erleichterungen, welches für die einzelnen Dörfer bzw. für die Gemeinde zuerkannt worden ist.

Die Ausweise über die Erleichterungen, die durch die Gemeindeverbände für die einzelnen Zahler der Abgabe in den Dörfern bzw. der Gemeinde zuerkannt worden sind, reichen die Gemeindeverbände den Steuerbehörden erster Instanz und im früheren preussischen Anteil den Kreis-Ausschüssen ein.

Zu Art. 43.

§ 59. Als Zimmer werden nicht Küchen, Vorzimmer, Speisekammern, Badezimmer und ähnliche angesehen.

Zu Art. 44, Teil II und zu Art. 47, Schlussatz.

§ 60. Der Direktor der Finanzkammer benachrichtigt schriftlich über seine Entscheidung die Zahler der Abgabe, welche Eingaben über Erleichterungen (Art. 44 des Gesetzes), Stellung und Verteilung der Abgabe auf Raten (Art. 47 des Gesetzes) einreichen.

Die Verfügungen an den Finanzminister können in einer Frist von 14 Tagen vom dem Tage an, der der Benachrichtigung des Zahlers über die Entscheidung des Direktors der Finanzkammer folgt, eingelegt werden.

Zu Art. 46 und 47.

§ 61. Von der Erlaubnis zur Stellung und Verteilung der Abgabe auf Raten benachrichtigt der Bürgerausschuß bzw. der Direktor der Finanzkammer die zuständige Steuerbehörde erster Instanz, im früheren preussischen Anteil die im § 32 dieser Verordnung genannten Behörden, zum Zwecke der Eintragung eines Vermerkes in die Erhebungsbücher der Abgabe.

Stellung und Verteilung der Abgabe auf Raten dürfen nicht zuerkannt werden: Personen, die wegen Warenverkehrs und wegen Vergehen aus Gewinnlust bestraft worden sind; Personen, welche Waren magazinierten und den Verkehr ihrer Unternehmen aufhalten; Personen, welche sich des Verkaufs von Waren enthalten zum Zwecke der Ausnutzung einer besseren Konjunktur; sowie auch den ländlichen Grundbesitzern, welche nicht beweisen, daß sie schon die normalerweise zum Verkauf bestimmte Ernte bereits verkauft haben und ähnliche.

Sofort bei der Zuerkennung von Erleichterungen muß die Aufmerksamkeit auf die Nichtverminderung des normalen Inventarbestandes, der Erzeugungsmittel, des Saatgetreides und ähnliches gerichtet werden.

Zu Art. 47.

§ 62. Der Direktor der Finanzkammer muß vor der Entscheidung über die Gesuche wegen Erleichterung die Ansicht des zuständigen Bürgerausschusses einholen.

Zu Art. 48, Teil II.

§ 63. Die Gesuche um Erleichterungen und Stellung, die vor Ablauf der vorgeschriebenen Frist unzulässigerweise an den Bürgerausschuß, anstatt an die Finanzbehörde oder umgekehrt, eingereicht werden, müssen unverzüglich an die vor Empfangnahme berufenen Behörden bzw. Ausschüsse übersandt und als fristgemäß eingelegt behandelt werden.

Im früheren preussischen Anteil.

Steuerbehörden erster Instanz sind die im § 32 dieser Verordnung bezeichneten Behörden.

Über Erleichterungen, welche den individuellen Zahlern der Abgabe unmittelbar durch die Bürgerausschüsse zuerkannt werden, benachrichtigt der Ausschuß die Zahler und die für die Abgabenerhebung zuständigen Räte.

Zu Art. 49.

§ 64. Die im § 32 dieser Verordnung genannten Behörden — im früheren preussischen Anteil die Direktionen der Finanzkammer in Posen und Graudenz — sind verpflichtet, binnen einer Frist von einer Woche von dem der Veröffentlichung dieser Verordnung folgenden Tage an die im Art. 49 des Gesetzes genannten Selbstverwaltungs-Vertretungen zur Durchführung der Wahl der Mitglieder der Bürgerausschüsse aufzufordern und nach Ablauf der zweimonatigen Frist, die im Art. 49 Abs. 5 des Gesetzes bestimmt ist, den Ausschuß aufzustellen. (Nachster Satz nur für russischen und österreichischen Anteil gültig.)

Der Direktor der Finanzkammer muß die Zusammenfassung des von Amts wegen berufenen Ausschusses mit möglicher Beschleunigung aufstellen, so daß die Bürgerausschüsse ihre Tätigkeit nicht später, als nach Verlauf von 30 Tagen, während von dem Tage an, der der Veröffentlichung dieser Verordnung folgt, beginnen können.

Bis zur Zeit der Einrichtung der Bürgerausschüsse nehmen die Behörden, die im Eingange dieses Paragraphen genannt sind, die an jene gerichteten Eingaben für sie an.

Das Bureau für die Bürgerausschüsse führt die zuständige Steuerbehörde erster Instanz, im früheren preussischen Anteil die im § 32 dieser Verordnung genannten Behörden, über jede Sitzung des Ausschusses muß ein Protokoll abgefaßt werden.

Die Mitglieder der Kommission und ihre Stellvertreter vollziehen ihre Pflichten grundsätzlich unentgeltlich, haben jedoch das Recht, die Kosten ihrer Reise und Tagelöhne, welche ihnen die Steuerbehörde erster Instanz auszahlt — im früheren preussischen Anteil die im § 32 dieser Verordnung genannten Behörden — ersetzt zu verlangen, und zwar in Höhe der Beträge für die Mitglieder der Schätzungskommissionen für die Staatseinkommensteuer (§ 81 der Ausführungsverordnung vom 14. Mai 1921, Dz. Nr. 48, zum Gesetze über die Staatseinkommensteuer vom 16. Juli 1920, Dz. Nr. 82).

Im früheren russischen und österreichischen Anteil (ausgeschlossen).

Im früheren preussischen Anteil.

Die Ausschüsse, von denen im Art. 49 Punkt 1 die Rede ist, werden bei den Kreis-Ausschüssen für den Bezirk des ganzen Kreises, bei den Magistraten der abgetrennten Städte dagegen für den Bezirk der Stadt begründet.

Der Ausschuß, von dem im Art. 49 Punkt 2 die Rede ist, wird begründet:

a) bei den Kreis-Ausschüssen für den Bezirk des Kreises mit Ausnahme der Städte und Landgemeinden mit städtischen Charakter;

b) bei den Magistraten und den Gemeindevorständen von Dörfern von städtischem Charakter für den Bezirk der Städte bzw. der Dorfgemeinden.

Als Mitglieder der Ausschüsse bei den Kreis-Ausschüssen delegieren die Kreis-Ausschüsse. Die Mitglieder der Ausschüsse bei den Magistraten und den Vorständen der Dorfgemeinden von städtischem Charakter delegieren die Stadträte bzw. die Gemeinderäte. (Schluß folgt.)

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 14. Februar.

## Gegen die Einführung des staatlichen Tabakmonopols.

Donnerstag mittags fand im Parochialen Saale in der ulica Maszelska (früher Marzallstr.) eine von über 20 Vertretern der Tabakindustrie in Posen und Pommerellen besuchte Versammlung unter dem Vorsitz des Leiters des kaufmännischen Verbandes Mazurkiewicz-Polen statt.

Kaufmann Jędrzejewski wies auf die Schädlichkeit des Tabakmonopols für die Fabrikanten, Zigarrenkaufleute und Berufsarbeiter hin.

Der Syndikus des Verbandes Dr. Winiarski aus Bromberg berichtete über die verschiedenen Versammlungen und Beratungen, die in der Frage des Tabakmonopols in Bromberg und Pommerellen stattgefunden, und in denen sich alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen die Einführung des Monopols ausgesprochen hätten.

Abgeordnete der christlich-nationalen Arbeiterpartei, des nationalen Volksbundes und der Mittelpartei ergänzten die Ausführungen der Vorredner und schilderten zugleich die Schädlichkeit des Monopols in Galizien und Kongresspolen um zu dem Schluß zu kommen, daß das Monopol als schädlich zu verwerfen sei.

Für das Monopol fand sich in der geistigen Versammlung keine einzige Stimme. Nach einer sehr lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die Einführung des Monopols als schädlich bezeichnet wurde und die Versammlung von der Regierung die Beibehaltung des freien Tabakhandels und der privaten Industrie nach dem Beispiel der westeuropäischen Länder und Amerikas forderte. Die Einführung des Tabakmonopols bringe dem Kaufmannstande und den Arbeitermassen großen Schaden, ohne dem Staat den erhofften Nutzen zu verschaffen. Die Versammlung fordert weiter von der Regierung die Zurückziehung des Tabakmonopolgesetzes und gleichzeitige denkwürdigen Abbau des Monopols in Kongresspolen und Galizien.

S. Postmarkenschulden. Eine ganze Zeit lang waren auf den Postämtern dreimal zu 10 M. nicht zu haben, und man mußte sich mit den Werten zu 1 und 3 M. begnügen. Jetzt sind die 10 M.-Marken wieder ausgegeben, und wenn man einen Bogen dieser Marken sieht, so ist es ohne weiteres klar, warum es eine Zeit lang diese Werte nicht zu haben gab. Aus jedem der Bögen ist nämlich eine bestimmte Marke (immer dieselbe im Bogen) entfernt — weil es ein „Reklambild“ ist. Das Bild hatte man in einigen Wochen bei den 10 M.-Marken. Bei diesen „Reklambildern“, die von manchen Sammlern bedeutend höher bewertet werden, als normale Drucke aus den Bögen herausgenommen waren, mußte der Verkauf dieser Werte natürlich eingestellt werden!

Ein Dienstabzeichen für Rechtsanwälte ist im ehemaligen preussischen Teilgebiet eingeführt worden, das bei dem Antritte in öffentlichen Gerichtsterminen zu tragen haben. Es handelt sich um ein am einem um den Hals gelegten schwarzen Bande getragenes Emblem, das aus einem vergoldeten Kranz von kreuzförmig gelegten Eisenblättern auf amaranfarbener Grundlage, den auf römischem dreieckigen Platte von weißem emaillierten Grunde mit der Aufschrift „Advocatus“ gefüllten weißen Kreis in der Krone darstellt. Die Maße des Emblems betragen 65 zu 75 Millimeter.

Landwirtschaftliche Lehrlingsprüfungen. Die Hauptgeschäftsfelle Posen des Hauptvereins deutscher Bauernvereine (ul. Franciszka Rajacka 38) schreibt uns: In den letzten Jahrzehnten hat sich immer mehr der Gedanke Bahn gebrochen, wie in jedem anderen Beruf so auch vom Bauern den Nachweis einer fachmäßigen Vorbildung zu verlangen, ehe er seinen Beruf ausüben darf. Der Nachweis einer zweckmäßigen Ausbildung wird durch Ablegung einer Prüfung erbracht. Nach und nach haben in den vergangenen Jahren alle Landwirtschaftskammern, an der Spitze die der Provinz Schienen, Lehrlingsprüfungen eingerichtet und regelmäßig abgehalten. Heute hat diese Frage eine solche Entwicklung erreicht, daß z. B. im zentralen Reich ein Gesetz angestrebt wird (welches in absehbarer Zeit zweifellos erlassen werden wird), die Ablegung der Lehrlingsprüfung zu verlangen, ehe ein Landwirt sich an verantwortlicher Stelle, sei es als Eigentümer, landwirtschaftlicher Beamter oder sonstige beschäftigt darstellt.

Der Hauptverrater in der deutschen Bauernvereine hat sich schon vor Jahresfrist entschlossen die Lehrlingsprüfungen regelmäßig abzuhalten. Die für die Zulassung zur Prüfung erforderliche Lehrlingsprüfung beträgt zwei Jahre, wenn nicht besondere Umstände eine Verkürzung rechtfertigen. Die nächste Prüfung findet im März statt. Anmeldungen sind bis zum 25. Februar an den Hauptverein zu richten, der auf Wunsch die Prüfungsordnung versendet und jede weitere Auskunft gibt. Der Anmeldung sind beizufügen: a) die Zulassungserklärung des Lehrherrn b) ein selbstgezeichnetes und beglaubigtes Lebensbild c) das letzte Schulzeugnis d) eine Anmelde- und Prüfungsgebühr von 20 M., die der Prüfung im Falle der Ablegung dieser Anmeldung nach Abzug von 50 M. für Schreibgebühren und Porto zurückzahlt.

S. Rogasen, 13. Februar. Der heilige Deutsche Bauernverein reiste am So.abend unter zahlreicher Beteiligung sein Wintervergnügen. Der erste Teil der Veranstaltung brachte einen Vorproben, Antrache des Vorführers. Theaterstücke, musikalische und scherzhafte Vorträge der 2. Teil Tanz bis zur frühen Morgenstunde.

\* Samoschin, 9. Februar. Einen großen Vertrauensbruch beging, wie die „Deutsche Rundschau“ meldet, vor einiger Zeit der bei der Firma Koralewski (Zollers Nachf.) hier tätig

gewesene Buchhalter Brodnicki aus Budzin. Er hatte einen Duplikatsfrachtbrief über einen Waggon Roggen ausgestellt, diesen auf der Güterabfertigung, wo er früher als Beamter beschäftigt gewesen war, mit dem Übernahme- bzw. Abgangsstempel versehen und den Waggon Getreide dann in Posen verkauft. Auch hier hat er noch verschiedene Beträge einbehalten und ist mit dem Gelde geflüchtet. Der der Firma Koralewski entstandene Schaden soll rd. 1½ Millionen Mark betragen.

\* Wirsig, 13. Februar. Zum Bürgermeister unserer Stadt wurde in der Stadtverordnetenversammlung der bisherige Stadtkämmerer unserer Stadt Wlaczynski gewählt.

Aus Kongresspolen und Galizien.

\* Warschau, 13. Februar. Hier sind im vergangenen Jahre 260 evangelische Ehen geschlossen worden, eine Zahl, die seit dem Bestehen der hiesigen evangelischen Gemeinde nicht erreicht worden ist.

\* Gzenkódau, 13. Februar. Über ein geheimnisvolles Verbrechen wird berichtet: Vor einigen Tagen stiegen in Gzenkódau zwei elegant gekleidete männliche Personen ein, die bei sich einen großen schweren Koffer hatten. Während der Fahrt inszenierten sie im Zuge einen „Kraach“, und als der Polizeikommissar in das Abteil trat, sprangen sie vor der Station Gzwiercie aus dem Zuge und entflohen. Beim Öffnen des Koffers fand man unter einer Herren- und Damenbekleidung eine in zwölf Stücke zerschnittene Frauenleiche. Der Name der Ermordeten konnte bisher nicht festgestellt werden.

## Aus dem Gerichtssaal.

Der Oktober-Landarbeitstreik vor Gericht.

A. Posen, 13. Februar. Vor der Strafkammer begannen heute die Verhandlungen gegen die Führer und Teilnehmer des Landarbeitstreiks, der am 11. Oktober 1921 in den Kreisen Posen-Ost und -West, Obornik usw. ausgebrochen war. Angeklagt sind gegen 60 Personen, von denen ungefähr die Hälfte seit Oktober v. Js. in Untersuchungshaft sitzen. Den Vorsitz führt Dr. Durski, Vertreter der Anklage ist Dr. Gardski, Verteidiger für alle Angeklagten ist Rechtsanwalt Dr. Glatzer. Einem großen Teil der Angeklagten, besonders den vielen Jugendlichen, sieht man es an, daß sie nur irreführte, mißleitete Werkzeuge ihrer Führer sind. Etliche Angeklagte sind Instruktoren und Führer des Landarbeitstreikverbandes. Die Hauptangeklagten Rajak und Kiebasiewicz sind wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung und öffentliche Sicherheit angeklagt; sie werden beschuldigt, zum sogenannten „schwarzen Streik“ aufgefordert und Flugblätter und andere Schriftstücke verteilt zu haben. Die Verteilung der genannten Schriften gibt der Angeklagte Rajak zu. In Posen fand eine Konferenz der Streikleitung statt, deren Ergebnis Rajak in der Versammlung in Obornik bekanntgab, worauf sich die Versammlung für den Streik entschied. Das Aufstellen der Streikposten führte der Angeklagte und nach ihm andere darauf zurück, daß während des Streiks die Ordnung aufrechterhalten werden müsse, weil sonst im Falle einer Feuersbrunst die Schuld auf die Streikenden fallen würde. Rajak führt die Angaben der Anklagepunkte auf Nachbezeugen zurück und behauptet, daß der größte Teil der Angaben bewußt verdreht wurde von Leuten, die ihm feil wollten. Der Angeklagte Kiebasiewicz ist angeklagt, als Sekretär des Landarbeitstreikverbandes ein Schreiben an den Minister geschickt zu haben, in dem gedroht wurde, die Aktion zu verstärken, falls man die Verhafteten nicht entlasse und nicht die Repressalien einstelle.

Aus dem Einzelverhör der Angeklagten, von denen bis 3 Uhr gegen 30 Personen erfragt wurden, ergab sich, daß diese Leute im allgemeinen angeklagt sind, Streikwillige von der Arbeit zurückgehalten zu haben, daß sie Streikposten bildeten, in Versammlungen zum Streik aufforderten und Telephonränge durchschnitten, um eine Verständigung mit den Behörden zu verhindern, Vergehen, welche die Ordnung und Sicherheit des polnischen Staates gefährden. Die Angeklagten bestritten zum größten Teil die Verurteilung der gegen sie erhobenen Vorwürfe. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag finden die Zeugenvernehmungen statt, so daß das Urteil am Freitag oder Sonnabend gefällt werden dürfte. Wie werden das Urteil feinerzeit mitteilen.

A. Posen 13. Februar. Vor der vierten Strafkammer fand heute die Verhandlung gegen Wamuniec Steinbora, einen der Hauptführer der Unruhen vor dem Schloß vom 26. April 1920 statt, der in der ersten Verhandlung zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der Angeklagte hatte damals gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Zur heutigen Verhandlung war als Sachverständiger der Militärarzt Dr. Jędrzejewski geladen worden, der über den Gesundheitszustand der Angeklagten am 26. April 1920 ein Sachverständigenurteil abgeben sollte. Er erklärte, daß er den Angeklagten nicht untersucht habe. Aus Grund der Beobachtungen, die der Sachverständige während der Verhandlung machte, konnte er jedoch kein Urteil über den Gesundheitszustand der Angeklagten fällen. Er stellte deswegen den Antrag ihm eine Woche Zeit zur Beobachtung des Angeklagten zu lassen, und bat ihn während dieser Zeit im Lazarett für Geisteskranken in Owinet oder Pzefanfa unterzubringen. Das Gericht beschloß, den Angeklagten für sechs Wochen in einem Lazarett für Geisteskranken unterzubringen zu lassen.

## Briefkasten der Schriftleitung.

Ankünfte werden unseren Lesern gegen Einleitung der Bezugsschriftung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Anfragen sind nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Adressen beiliegt.

B. R. 111. 1. Sie müssen die 50. prozentige Emigrantensteuer in voller Höhe bezahlen. 2. Dagegen ist einmündel noch nicht mit Sicherheit die Rede: es handelt sich zunächst nur um ein Gericht.

S. R. in P. Nach dem polnischen Valutengesetz vom 20. November 1919 dürfen Sie nur in polnischem Gelde zahlen.

S. M. 1. Sie haben die Emigrantensteuer von Ihrem gesamten Barvermögen zu zahlen. 2. Eine beratende Verabredung ist hier verboten.

M. R. in A. 1. Sie müssen sich mit der Zahlung Mark auf Mark einmündel erklären. 2. Die Frage, wie so die Dinge einmal in Oberhiesien geregelt werden, läßt sich z. Zt. nicht beantworten. Wir halten die schleunige Kündigung der Hypothek für zweckmäßig.

A. R. Wenden Sie sich an den deutschen Fürsorgekommissar in Posen Aleje Chopina 3a (fr. Kirchschalle), von dem Ihnen allein Ihre Frage richtig beantwortet werden kann.

S. B. in A. 1. Unverzollt: ja; ohne Schwierigkeiten: nein. Einmündel ist möglich, wenn Sie dort eine Wohnung nachweisen können. 2. Selbstverständlich müssen auch Sie die Emigrantensteuer bezahlen. 3. Der Wykaz genügt. 4. Nein.

E. P. Uns leider nicht bekannt.

M. R. D. 1. Nur in der Weise, daß ein Abwandernder die Sachen mündel. 2. Die Gelabewendung kann nur durch eine Staatsbank erfolgen, nachdem Sie dazu die amtliche Erlaubnis eingepost haben.

R. St. 204. 1. Da Sie optiert haben, halten wir es für ausgeschlossen. 2. Auch das halten wir für ausgeschlossen. 3. Die Kosten sind beim Abschluß des Kaufvertrages größer. 4. Das können wir Ihnen nicht sagen. 5. Ja.

A. W. in W. Da Ihnen der Schadenertrag zuerkannt, der Schaden bisher aber noch nicht beglichen ist, empfehlen wir Ihnen einen Antrag an die Eisenbahndirektion in Posen zu richten.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Gemenzthal.

Verantwortlich: nur selbstständig, und nicht als Redakteur: Dr. Wilhelm Gemenzthal. Für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Gemenzthal. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Posen.



